„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Brüder in Not!

Das Deutsch Canadische Zentralkomitee hat einen Appell an die deutschsprechenden Kreise von Regina gerichtet und sie zu einer Wohltätigkeitsaktion für die notleidenden Deutschen dieser Stadt aufgerufen. Eine Altkleiderstelle wurde errichtet und eine Geldsammlung eingeleitet. Gleichzeitig wurde das Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, daß es infolge der geringen Finanzmittel nicht möglich ist, die Liebestätigkeit auf noch weitere Deutschsprechende, die sich in bedrängter Lage befinden, auszudehnen. Doch ist gewiß schon der gute Wille anzuerkennen, der aus dem Aufruf spricht. Um der Hilfsaktion noch stärkeren Nachdruck und eine noch tiefere Wirkung zu verleihen, ist ein besonderes Rundschreiben ergangen an die deutschen Kirchengemeinden und weltlichen Vereine von Regina, die im Zentralkomitee vertreten sind. Hoffentlich findet das geplante Hilfswerk die tatkräftige und opferwillige Unterstützung jener, die ein Scherflein zur Linderung der bitteren Not beisteuern können.

Verschiedene kirchliche und weltliche Organisationen bemühen sich in lobenswerter Weise um eine Erleichterung des harten Loses der Armen. Manchmal gewinnt man fast den Eindruck, als leide die so betriebene Wohltätigkeitsarbeit unter einer großen Zersplitterung. Das ist jedoch einigermaßen verständlich, wenn man bedenkt, daß es an einer systematischen staatlich-sozialen Fürsorge wie in europäischen Ländern hier in Canada fehlt. Die Notstandsarbeiten, die von den Stadt- und Landgemeinden, von Regierungsstellen usw. vergeben werden, sind mehr zufälliger Natur, veranlaßt durch die augenblickliche Notlage. Die Unterstützungen, die gewährt werden, sind in der Regel kaum ausreichend, um das schlimmste Elend zu verhüten. Selbst wenn aber geborenen Canadiern oder naturalisierten Bürgern eine gewisse Hilfe zuteil wird, so geben doch oft die Eingewanderten ganz leer aus. Weil mithin bei den öffentlichen Körperschaften ein festes und allgemein anwendbares Fürsorgesystem nicht vorliegt, muß die private Wohltätigkeit mit aller Kraft einsetzen. Daß dabei eine Zersplitterung der Kräfte und Mittel eintritt, ist wohl kaum zu vermeiden.

Die Hauptfrage für uns ist: Werden die Notleidenden unter uns Deutschsprechenden dabei hinreichend und gerecht bedacht? Erhalten sie entsprechenden Anteil an den Notstandsarbeiten und Unterstützungen, die von öffentlichen und privaten Stellen aus gewährt werden? Jene unserer Freunde, die in den Stadtgemeinden oder ländlichen Munizipalitäten über einen gewissen Einfluß verfügen und angesehen genug sind, um ihre Stimme zur Geltung zu bringen, sollten hier nach dem Rechten sehen. Vielleicht könnte stellenweise von deutschen Vereinen oder anderen Organisationen, in denen unsere Deutschcanadier vertreten sind, auch eine Hilfsaktion eingeleitet werden nach dem Vorbild des Zentralkomitees in Regina. Wenn in der Regel auch die Geldmittel knapp sind, so kann doch durch Lebensmittel, Heizmaterial und abgelegte warme Kleidung manche schwere Sorge eines Familienvaters erleichtert und manche Träne einer kummervollen Mutter getrocknet werden.

Wir wollen durch die allgemeine Notlage uns nicht das Herz verhärten und das Gefühl edler Menschlichkeit in uns nicht ertöten lassen. Vielmehr sollten wir es uns zur vordringlichsten Aufgabe der Gegenwart machen, die kleinliche Selbstsucht zu überwinden, um mit unseren deutschsprechenden Brüdern und Schwestern das Brot zu teilen. Die wahre Nächstenliebe kennt keine Grenzen. Sie macht nicht Halt vor den Schranken der Nationen und Konfessionen. Doch ist es naheliegend und menschlich verständlich, daß wir unsere Wohltätigkeit in erster Linie jenen zuwenden, die uns durch die Bande gemeinsamer deutscher Abstammung und gemeinsamer Muttersprache besonders nahe stehen und stark verbunden sind. Ob es sich dabei um lang ansässige Pioniere oder neue Einwanderer handelt, sollte allein nicht ausschlaggebend sein. Lindern wir die Not dort zuerst, wo das traurige Schicksal der Armut unsere deutschsprechenden Volksgenossen am härtesten getroffen hat. Gedenken wir namentlich auch der kinderreichen Familien und der alten Leute, die erwerbsunfähig, krank und mittellos sind! Erhalten wir statt Dank vielleicht Undank und statt freundlicher Anerkennung etwa bittere Worte, so wollen wir stets dessen eingedenk sein, daß jede gute Tat ihren schönsten Lohn in dem frohen Bewußtsein hat, praktische Nächstenliebe geübt und die Bruderpflicht eines jeden Menschen erfüllt zu haben.

Weihnachten, das Fest der unendlichen, erbarmenden Liebe, rückt heran. Möge es uns zu verdoppelter Liebestätigkeit anspornen! Möge es in uns den festen Willen erwecken, einen Freudenschimmer auch in die ärmste Hütte zu tragen und den von Unglück, Krankheit, Arbeits- und Verdienstlosigkeit heimgesuchten Volksgenossen die frohe Gewißheit zu geben: Es gibt noch deutschsprechende Freunde, die auch in der allgemeinen Notlage der Gegenwart ein warmfühlendes deutsches Herz für ihren deutschen Bruder haben.

Sagen Sie es Ihren Freunden:

„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada!"

Das brennende Ostproblem

Freiherr von Rheinbaben entwickelte kürzlich in einer großen Danziger Rede über das Thema „Wir und der Korridor" äußerst beachtenswerte Gesichtspunkte. Ausgehend von der Tatsache, daß die Not der Freien Stadt Danzig Deutschland dazu zwinge, das Ostproblem in den Vordergrund der deutschen Politik zu rücken, untersuchte er die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Aufrollung der Revisionsfrage im Osten.

Er sprach von einer schicksalhaften Trilogie deutscher Aufgaben: innere Sanierung, Revision der Tributlasten, Ostproblem. Zunächst müsse die Gesundung der innerdeutschen Verhältnisse erreicht werden. Dafür setze sich die Reichsregierung gegenwärtig mit aller Macht ein. Dann komme es darauf an, ein Endlösung des Reparationsproblems durch Revision des Young-Plans herbeizuführen oder wenigstens vorzubereiten, und erst dann werde man die Möglichkeit haben, eine deutsche Lösung des Ostproblems zu erzwingen. Dabei sei es abwegig, den Korridor beispielsweise nur als Verkehrsproblem zu betrachten. Helfen könne dem Osten nur eine Lösung des gesamten zwischen Polen und Deutschland schwebenden, die politische Atmosphäre vergiftenden Problems. Diese Frage gehe in höchstem Maß den Völkerbund an, denn die Behandlung der Korridorfrage werde geradezu ein Schulbeispiel dafür genannt werden können, wie weit es praktisch möglich sein werde, den Krieg auf die Dauer zu ächten und mit friedlichen Mitteln Streitstoffe, die den Frieden Europas gefährden, zu beseitigen. Die Dinge seien bereits weit genug gediehen, daß die Voraussetzungen für Anwendung des Paragraphen 19 der Völkerbundsatzungen gegeben wären. Durch bloßes Abwarten würden die Schwierigkeiten sich nicht lösen. Deutschland müsse vielmehr selbst den Stein ins Rollen bringen und dürfe Gelegenheiten, die ihm die Geschichte bietet, nicht verpassen.

Der Redner schloß mit der Bemerkung: „Es gibt in Europa niemals wirklichen Frieden, wenn die ehemaligen Gegner Deutschland nicht größere Lebensfreiheit gewähren und die Revision im Osten ermöglichen." Man könne vom deutschen Volke nicht immer nur weitere Opfer verlangen, wenn man ihm nicht gleichzeitig Ziele zeige, die diese Opfer rechtfertigen.

Ein Franzose über die Deutschen

Der Franzose Gustav Hervé schrieb kürzlich folgende bemerkenswerte Sätze in der Pariser Zeitung „Victoire":

„Das deutsche Volk ist arbeitsam, diszipliniert, wunderbar für die Wissenschaften, die Musik und die Literatur begabt. Es besitzt schöne häusliche Tugenden, eine glühende Vaterlandsliebe und hochwertige militärische Qualitäten. Ich halte die deutsche Nation für eine der bestbegabten Europas. Wenn sie entfesselt ist, sieht sie rot, und in ihrem blinden Zorn ist sie fähig, alle möglichen Torheiten zu sagen und zu tun. Aber sind wir, trotz der glänzenden Eigenschaften unseres Geistes und unseres Herzens immer Heilige gewesen? Haben wir nicht die systematische Zerstörung einer ganzen deutschen Provinz, der Pfalz, auf dem Gewissen? Haben wir nicht mitten im Frieden in Deutschland den Herzog von Enghien festgenommen, um ihn in Vincennes erschießen zu können? War die Art und Weise, wie wir den Spanischen Krieg unter Napoleon I. einleiteten, etwa erbaulich? Haben wir, als wir am stärksten waren (unter Ludwig XIV. und Napoleon I.) nicht unsere Macht gebraucht und mißbraucht in einem Grade, daß ganz Europa gegen uns aufsässig wurde?"

Weltumschau

Strikte Sparsamkeit in Deutschland. Nachdem die deutsche Regierung der Welt hat ankündigen lassen, daß sie vielleicht die Schutzbestimmungen des Young-Planes aufrufen und ein Moratorium herbeiführen werde, gab sie weiter bekannt, daß sie auf Durchführung äußerster Sparsamkeit in ganz Deutschland hinzuarbeiten gedenkt. Die Berliner Blätter waren noch mit zustimmenden Besprechungen der Curtius-Rede angefüllt, als Reichskanzler Brüning bereits den Kampf für eine sparsame Wirtschaft in Deutschland aufnahm.

Damit sein Aufruf zur Sparsamkeit auch in die entlegensten Winkel und Ecken Deutschlands dringen sollte, hielt er eine Ansprache an die Delegaten der Landgemeinden Deutschlands, die in Berlin zu ihrer Verbandstagung versammelt waren.

Er sagte seinen Hörern, die Lage sei heute noch ernster als sie am Ende der Inflationszeit im Jahre 1923 gewesen sei, denn die Regierung habe keine zweite Rentenmark zu versenden. Ebensowenig könne die Regierung verheißen, die Heilung der Not der Landwirte binnen sechs Monaten oder Jahresfrist zu vollbringen, aber es sei ein Anfang gemacht, die Finanzschwierigkeiten anzupacken und damit den Zusammenbruch zu verhüten.

„Wer da glaubt, daß die Reparationszahlungen allein die Ursache aller unserer Nöte sind, verschließt seine Augen dem wahren Sachverhalt gegenüber," sagte der Reichskanzler. „Das deutsche Volk und seine Führer haben während der letzten Jahre die Wirtschaftsmöglichkeiten des Landes durchaus überschätzt und durch überflüssige Bautätigkeit im Ausland einen falschen Eindruck aufkommen lassen."

Der Reichskanzler setzte sodann auseinander, daß die angeregten Steuern ihre wohltätige Wirkung bereits binnen zwei Jahren offenbaren würden. „Wenn Sie mir das nicht glauben, kann ich Sie nicht dazu zwingen," sagte er zum Schluß, „aber zur Verzweiflung liegt kein Grund vor, falls wir schnell und mutig handeln und tun, was der gegenwärtige Augenblick so gebieterisch als Notwendigkeit erheischt."

Angst vor deutschen Flugzeugen. Frankreich rief bei der Abrüstungsvorbesprechung eine erregte Stimmung hervor dadurch, daß sein Vertreter die Kriegsmöglichkeiten friedlicher Verkehrsflugzeuge ängstlich zur Sprache brachte und dabei unzweideutig auf die großen Leistungen Deutschlands im Flugwesen hinwies. Es wurde beantragt, dem Abrüstungskonventions-Entwurf die Bestimmung einzuverleiben, daß jedes Land alljährlich über seine Verkehrsflugzeuge und Luftschiffe Bericht erstatten soll, und der Antrag wurde schließlich angenommen, ohne daß eine Stimme dagegen fiel; aber die Vertreter Deutschlands und der Ver. Staaten enthielten sich der Abstimmung darüber.

In der Debatte hatte der Delegat Frankreichs, René Massigli, das Wort ergriffen, um anzukündigen, daß seine Regierung die Verkehrsflugzeuge als einen sehr wichtigen Faktor der Offensivmacht eines Landes ansähe. Er behauptete, die Verkehrsflugzeuge entwickelten sich mehr und mehr zu Angriffsmitteln, die Militärflugzeuge dagegen mehr und mehr zu Verteidigungsmitteln.

Sodann erwähnte er den jüngsten Besuchsflug eines deutschen Flugzeuges nach verschiedenen Städten Europas und behauptete, einem Zeitungsmann sei gesagt worden, dies Flugzeug sei zu schwerer Bewaffnung fähig und imstande, Bomben auf London, Paris, Brüssel und andere europäische Hauptstädte abzuwerfen. Zuerst glaubte man allgemein, daß der Franzose das deutsche Flugschiff „Do-X" im Sinne hatte, aber später stellte es sich heraus, daß er das große deutsche Junkers-Flugzeug „G-38" meinte, welches jüngst einen europäischen Rundflug gemacht hat.

Graf v. Bernstorff, der Hauptdelegat Deutschlands, entgegnete: „Es ist merkwürdig, daß so viel Interesse für das friedliche Verkehrsflugwesen bekundet wird, nachdem sich die Kommission zur Abrüstungsvorbesprechung geweigert hat, Berichte über das angeschaffte wirkliche Kriegsmaterial einzufordern." Sodann zitierte Graf Bernstorff den französischen Militärflugsachverständigen Kommandeur Brocard, welcher in der französischen Deputiertenkammer gesagt hat: „Wir haben kein Interesse daran, Verkehrsflugzeuge für Kriegszwecke und Bombardements zu benutzen. Es wäre eine Narrheit, das zu tun. Solche Umkrempelung von Verkehrsflugzeugen ist eine schlechte Proposition, gleichviel von welchem Gesichtspunkt aus man sie betrachtet."

Nachdem Graf Bernstorff die angeblichen Befürchtungen des Vertreters Frankreichs mit den Worten seines eigenen sachverständigen Landsmannes abgetan hatte, erklärte er, Deutschland werde sich auf keinen Abrüstungsvertrag einlassen, in welchen auch die friedlichen Verkehrsflugzeuge mithineingezerrt werden würden.

Moskau hat kein Vertrauen zum Völkerbund. Sowjetrußland kündete in der Sitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission an, daß irgendein Versuch, die Durchführung des vorgeschlagenen Abrüstungsabkommens unter Aufsicht des Völkerbundes zu stellen, für die russische Regierung völlig unannehmbar sein würde. Die Erklärung des russischen Delegaten Maxim Litwinow folgte der Einreichung von zwei Vorschlägen, von denen einer von England und der andere von Frankreich gemacht wurde und unter denen die Kontrolle der Durchführung der Konvention einer permanenten Abrüstungskommission im Rahmen des Völkerbundes unterstellt werden soll.

Litwinow drückte gleichzeitig seine Unzufriedenheit mit dem ganzen soweit vollendeten Entwurf des Abkommens aus und bezeichnete das bisher beschlossene als völlig unzureichend. Rußland, erklärte er, habe aktiv mitgewirkt, um eine Konvention zu erzielen, die eine Abrüstung, oder wenigstens eine Reduzierung der Rüstungen bringen würde. Die Beschlüsse hätten ihn jedoch zu der Ueberzeugung geführt, daß die Kommission nur eine Stabilisierung des gegenwärtigen unbefriedigenden Zustandes bezwecke.

„Unsere Bemühungen sind vergebens gewesen," sagte der russische Außenminister. „Der bisher durchgenommene Teil der Konvention befriedigt absolut nicht. Wir können in den soweit aufgesetzten Abschnitten des Vertragsentwurfes nicht einmal einen hinreichenden Rahmen für spätere Abrüstungsbeschlüsse sehen."

Maxim M. Litwinow reiste von Genf nach Mailand ab, um sich von dort aus nach Berlin weiter zu begeben. Vor seiner Abreise soll er angegeben haben, daß „er über die Scheinheiligkeit der großen Mächte und die Zeitgewinnungsmethoden der großen Mächte inbezug auf die Entwaffnungsfrage" entrüstet sei. An der Spitze der Delegation wird in Zukunft Anatol Lunatscharsky stehen.

Poincarés „Abrüstung". Raymond Poincaré, der frühere Präsident und Premier Frankreichs, erklärte in einer Versammlung von Kriegsveteranen, daß Sicherheit vor Abrüstung kommen müsse. Der Völkerbund sei von ausgezeichneten Absichten beseelt, wenn er ein allgemeines Programm von Abrüstung aufzustellen suche, aber er habe „unglücklicherweise keine Mittel, seine Beschlüsse zu erzwingen."

Infolgedessen, fuhr er fort, werde es immer Nationen geben, die versprechen, abzurüsten, während sie gleichzeitig in mehr oder weniger verschleierter Weise fortfahren, für den Krieg zu rüsten. Bei einem solchen Stand der Dinge benötige Frankreich Grenzbefestigungen, eine geschulte Armee mit ausreichenden Reserven, eine Flotte zum Schutze seiner Küsten und Kolonien und Luftstreitkräfte.

Polnische Gewalttaten in Oberschlesien. Zwecks Untersuchung von polnischem Wahlterror in Polnisch-Oberschlesien begab sich Dr. Felix Calonder, Vorsitzender der gemischten Völkerbund-Kommission für Oberschlesien, nach Hohenbirken (Brzezie im Rybnik-Distrikt). Die dortige deutsche Volksminderheit hat Beschwerde erhoben, daß bei den polnischen Landtagswahlen und bei den Senats- und Provinz-Landtagswahlen die Gefolgschaft des Marschalls Pilsudski Gewalttaten verübt hat, um die deutsche Wählerschaft einzuschüchtern. Fürst von Pleß, der deutsche Vertreter in der Kommission, und der polnische Vertreter sind von Dr. Calonder ersucht worden, ihn auf seiner Mission zu begleiten. Das Ergebnis der Untersuchung an Ort und Stelle wird dem Völkerbund vorgelegt werden.

Nachrichten aus Kattowitz melden eine Reihe von Gewalttaten der Polen gegen die deutsche Bevölkerung von Polnisch-Oberschlesien, besonders in Hohenbirken, hart an der Grenze gegenüber Ratibor. Polnische Terroristen drangen in die Häuser angesehener deutscher Bewohner ein und wollten sie durch Drohungen zwingen, sich der Beteiligung an der Wahl zu enthalten. Männer, Frauen und Kinder deutscher Abstammung wurden von den Polen niedergeschlagen und schwer mißhandelt. Die polnische Ortspolizei machte keine Anstalten, die Bedrängten zu schützen, erschien erst am nächsten Morgen und warnte drohend vor Verbreitung von Nachrichten über die Vorfälle.

Ausführlich berichtet wird über die brutale Mißhandlung eines Deutschen namens Neugebauer, der mit Knüppeln geprügelt wurde, bis er die Angreifer bat, seiner Qual durch Erschießen ein Ende zu bereiten. Als die polnischen Pilsudski-Leute sich anschickten, den Mord auszuführen, trat Neugebauers Tochter dazwischen. Sie wurde ebenfalls geprügelt, bis sie bewußtlos zusammenbrach.

Zahlreiche Fälle von Zerstörung der Gehöfte deutscher Bauern in Oberschlesien werden ebenfalls gemeldet.

Die „Unberührbaren" fordern Gleichberechtigung. Fünfzig Millionen Indier, die von ihren Landsleuten durch alte soziale Gebräuche aufs strengste getrennt waren, verlangen von der Rundtischkonferenz in London Gleichstellung mit den Hindus, den Mohammedanern und den anderen Bevölkerungsschichten und religiösen Sekten der großen indischen Halbinsel. Sie sind die sogenannten „Unberührbaren", vor deren Berührung und sogar vor deren Annäherung jeder Angehörige einer anderen Kaste ängstlich zurückschreckt, da seine eigene Stellung seinen Landsleuten gegenüber dadurch in Frage gestellt wird. Sie fristen ihr Leben als Wasserzieher, Abfallsammler und Landarbeiter und werden ihrer Abstammung und ihrer körperlichen Arbeit halber von den anderen Indiern verachtet.

Die Angehörigen anderer Kasten meiden die „Unberührbaren" im gleichen Grade und mit der gleichen Sorgfalt, mit der sich die Einwohner eines anderen Landes vor der Nähe von Personen mit ansteckenden Krankheiten hüten. Eine Mutter aus einer hohen Kaste würde eher ihr Kind in einem Brunnen ertrinken lassen, als daß sie einem „Unberührbaren" die Rettung erlaubte. Schon der Schatten eines Unberührbaren bedeutet für den damit in Berührung gekommenen Angehörigen einer anderen Kaste ein Verhängnis.

Heute verlangen die Unberührbaren nicht nur volle Gleichheit mit den anderen Klassen Indiens, sondern auch einen Anteil an der zukünftigen Regierung. Dr. Bhimrao Ramji Ambedkar, ein „Unberührbarer" und einer der Teilnehmer an der Rundtischkonferenz, der für seine Klasse spricht, ließ keinen Zweifel über diese Forderung seiner Kastengenossen.

Die „Hochverräter" vor dem Sowjettribunal. Während die Prozessierung von acht Führern der „Industrie-Partei", die des Hochverrats und des Komplotts zur Herbeiführung fremdstaatlicher Intervention in Rußland beschuldigt sind, im Moskauer Gewerkschaftshaus vor sich ging, defilierte über eine halbe Million gewerkschaftlich organisierter Arbeiter mit zahlreichen Bannern an dem Hause vorüber und forderte ihre Hinrichtung.

Die Parade war eine der gewaltigsten in ihrer Art in der Geschichte Moskaus. Sie defilierte durch verschiedene Hauptstraßen der Stadt, und als die Teilnehmer an dem Gewerkschaftshaus vorüberkamen, brachen sie in Rufe aus: „Tod den Agenten des Imperialismus". Die Eröffnung der Verhandlungen beschäftigte sich hauptsächlich mit der Verlesung der Anklagen, die schon „Teilgeständnisse der Angeklagten" enthielten. Der Gerichtssaal war mit Russen angefüllt, die aufmerksam die Haltung der Gefangenen beobachteten, die scharf von roten Soldaten bewacht wurden.

Die Angeklagten schienen die ruhigsten unter allen Anwesenden zu sein, einige rauchten Zigaretten, andere lasen in Zeitschriften, während Gerichtsbeamte die Anklageschriften herunterleierten. Die Gefangenen schienen besser gekleidet zu sein als sonst jemand im Gerichtssaal.

Vier Richter saßen nachlässig und Zigaretten rauchend da, während die Anklagen verlesen wurden. General-Staatsanwalt Krilenko, der schon viele Leute in den Tod geschickt hat, beobachtete phlegmatisch die Vorgänge.

Italien und Rußland. Das faschistische Italien und das kommunistische Rußland Hand in Hand auf dem Wege zu neuer internationaler Handelsblüte durch eine Kombination von gewaltigen Rohmaterialien und modernen Maschinenanlagen wird als eine Möglichkeit betrachtet. Man hält dies für das wahrscheinliche Ergebnis der Konferenz in Mailand zwischen dem italienischen Außenminister Dino Grandi und Maxim Litwinow, dem russischen Außenkommissar.

Obgleich keine amtliche Aeußerung vorliegt, erklärt die Zeitung „Giornal d'Italia", die oft von amtlicher Seite unterrichtet ist, daß Rußland trotz seines Industrialisierungsprogramms dennoch eines der wichtigsten Länder für Rohstofferzeugung bleibt. „Diese Rohmaterialien", sagte die Zeitung, „sind jetzt durch irgend eine andere Macht im Schwarzen Meer blockiert. Es ist natürlich, daß das Wirtschaftsleben Italiens in dem Rußlands seine Ergänzung suchen sollte durch lebhaften Austausch von Produkten und organische Heranbildung eines regen Handelsverkehrs."

Amerikaner und die Kriegsschuld. Eine Gruppe von Geistlichen, Erziehern und Geschäftsleuten, die vom amerikanischen Federal Council of Churches aufgefordert wurden, zur Kriegsschuldfrage Stellung zu nehmen, hat sich nicht darüber einigen können, wer die Schuld am Weltkriege trägt.

Die Frage lautete: „Glauben Sie, daß Deutschland und seine Verbündeten allein für den Beginn des Weltkrieges verantwortlich waren?" Immerhin erbrachte diese Frage 364 Stimmen, die Deutschland keine Schuld zusprachen, was 47 Stimmen tun, während zehn Stimmen Zweifel laut werden ließen.

Eine andere Frage lautete: „Glauben Sie, daß angesichts aller jetzt vorhandenen Beweise und Materialien die Vereinigten Staaten gut daran taten, in den Krieg gegen Deutschland einzutreten?" Insgesamt 274 Personen antworteten mit „ja", 80 mit „nein", während 70 Zweifel äußerten.

Sprachenkomik oder Sprachenelend?

Eine elsässische Zeitung veröffentlichte den Wortlaut eines amtlichen französischen Formulars, das entschieden verdient, für die Nachwelt festgehalten zu werden.

Es ist ein typisches Dokument für die französische Sprachenpolitik, die mit ihrer „direkten Methode" ein seltenes Beispiel von Sprachunterdrückung gibt, und die da, wo sie das „Elsässische" anerkennt, keine Mühe scheut, es als irgendeine keltisch-romanische Sprache und nicht als deutsche Mundart nachzuweisen. Man versucht nun, das Nützliche mit dem Notwendigen zu verbinden, und treibt in Verwaltungssachen zugleich Sprachenunterricht. Das Schreiben, um das es sich handelt, stammt vom Pensionsministerium und behandelt bestimmte Ansprüche der Kriegsbeschädigten. Im Schreiben selbst ist unter jeder französischen Zeile das entsprechende „elsässische" Wort angegeben; hier möge genügen, den angehängten Auszug aus den entsprechenden Bestimmungen wiederzugeben, wobei wir den französischen Text weglassen:

„Ussazug üssem Reglement üwer Centres d'appareillage.

„Es isch im Intereße vum Verletzte, sich der Bestellung gemäß vorzustelle, die ihm zugestellt wurd, um ihn mit eine Apparat zu versehn.

„Alli Verwundete, die bstellt wäre, um e Apparat zu erhalte, un sich nit vorstelle, verliere ihre Reih und ihr wertvolles Recht uff de Apparat.

„Wer sich am en andere Ta vorstellt, als der, wo uff dem Zettel bstimmt isch, hett kenn Recht uff Reisegebühre; wer nitt kumme kann, soll d' Inladung zeruckschicke un en andri verlange."

Das elsässische Blatt, das dieses Monstrum veröffentlicht, führt es auf die Ueberlegung zurück, wie man das Elsaß wieder einmal lachen machen könne. Diese Absicht mag wohl gelungen sein, aber im übrigen ist das Ganze doch ein beschämendes Zeugnis für die Art, wie man nicht nur Schulkinder, sondern ein ganzes Volk seiner Sprache zu entfremden sucht und es hoffnungslos zwischen zwei Kulturen verkümmern läßt.

Im übrigen wird an ähnliche Versuche nach dem Waffenstillstand erinnert, als man elsässische Texterklärungen zu den Theaterprogrammen gab; köstlich sind die Proben aus „D'r Samson und Dalila" und vom „Hindumaidele Lakme".

Afrikanisches Erlebnis

Von Kurt v. Oerthel.

Wenn man von Mombaja 500 Kilometer landeinwärts nach Nairobi, der Stadt am Rande der Wildnis fährt, geschieht es, daß Löwen und Elefanten, Giraffen und Zebras rechts und links des Bahndammes auftauchen, ohne sich im geringsten um das fauchende Ungetüm auf den Schienen zu bekümmern. Oder aber daß ein aufgeregtes Nashorn kilometerweit neben dem Zuge einherrennt, als wolle es mit ihm um die Wette laufen. Das ist ein Schauspiel, an dem die Reisenden, behaglich ins Polster gedrückt, gewöhnlich durch lustige Zurufe teilzunehmen pflegen.

Nur einmal ist es vorgekommen, daß ein alter Löwe den Zug angenommen hat. Das war ein sogen. Menschenfresser, der bei irgend einer Gelegenheit einen Menschen geschlagen und dessen warmes Blut geleckt hatte. Solche Löwen, von ihrem Pack losgelöst und als Einzelgänger durch die Wildnis irrend, sind immer gefährlich.

Der schwarze Lokomotivführer glaubte nicht recht an die Gefahr. Erst als der Löwe ganz nahe und sprungweise gegen ihn antrabte, drosselte er in seiner Ueberraschung den Dampf ab, statt in schnellem Tempo in die nahe Station einzufahren.

Der Zug hielt im Walde. Die Reisenden steckten die Köpfe aus den Fenstern und forschten nach der Ursache: „Was gibt's da vorn?"

Der Heizer stieg seelenruhig ab, ging mit beruhigender Handbewegung den Zug entlang, während sein Mund sich zu einem breiten Grinsen verzog, als er die aufgeregten Gesichter an den Fenstern sah. Dann rief er mit lauter Stimme: „Einen Augenblick Geduld! Löwe hat Lokomotivführer gefressen. Kilima wird neuen Lokomotivführer holen."

In zwanzig Minuten war Ersatz zur Stelle. Und während die Reisenden noch aufgeregt erörterten, wie der Löwe sein schwarzes Opfer schlankweg von der offenen Lokomotive geholt hatte und innerhalb weniger Sekunden mit ihm im Walde verschwunden war, ratterte der Zug mit seinem neuen Lokomotivführer langsam und träge in die Station ein.

Buntes Amerika

Chicago! Was da bloß für übertriebene Gerüchte ausgestreut werden! In Wirklichkeit gibt es noch Hunderte von Menschen in Chicago, auf die noch nie geschossen worden ist.

*

„John, John," schrie die Frau am Steuer, „ich kann den Wagen nicht mehr bremsen!"

„Um Himmels willen," antwortete der Mann, „dann sieh zu, daß Du gegen etwas Billigeres fährst!"

*

Ein Hinterwäldler fand eines Tages einen Spiegel, den ein Tourist verloren hatte. Er sah hinein und staunte: Ja, wenn das nicht mein guter alter Vater ist, das habe ich gar nicht gewußt, daß der sich hat photographieren lassen!

Er nahm den Spiegel mit heim und versteckte ihn in einer Ecke vor seiner bösartigen Frau.

Am nächsten Vormittage fand ihn diese, sah auch hinein und sagte wütend: Und mit diesem alten Scheusal betrügt er mich!

*

Aus Chicago führen 39 Eisenbahnlinien heraus. Das kann ihnen aber auch niemand verdenken.

Wichtige Finanzkonferenzen in Berlin

Berlin. — George L. Harrison, der Gouverneur der Bundesreserve Bank von New York, ist zu einer Reihe von Konferenzen mit führenden deutschen Finanzleuten in Berlin eingetroffen. Er war Gast von Dr. Hans Luther, dem Präsidenten der Reichsbank. Unter den Gästen waren: Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning, Reichsfinanzminister H. Dietrich, Franz von Mendelssohn, der Präsident der Berliner Handelskammer, Freiherr Kurt von Bohlen und Halbach, der Leiter der Krupp-Werke in Essen, Botschafter Sackett, Frederick King, der Präsident der amerikanischen Handelskammer in Deutschland und George Gordon, der amerikanische Botschaftsrat.